

Woffische



Zeitung

10 Pfennig
Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen
Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ulstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw.
Red. im Ausn. & Handelt.: L. D. Iven v. Müller, Hia.
Druck. Manuskripte werden nur zurückgen., wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruckerei: Central-Druckerei, Am Dönhofs (A 7) 3600-3605.
In den Verlagswerk: Am Dönhofs 3606-3608. Telegramm-
Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postbezugskonto Berlin 666.

Preußen gegen Notopfer

Versicherungsbeitrag der Festbesoldeten

Zur Reichsrat, dessen vereinigte Ausschüsse heute ge-
gagt haben, soll am Mittwoch die Beratungsvorlage der
Reichsregierung zur Beratung gelangen. Der Reichs-
finanzminister Dr. Wittenberg hat für die Besoldeten
der Regierung vertreten. Er darf schon jetzt als wahr-
scheinlich gelten, daß die Vorlage über das Notopfer
bereits im Reichsrat fallen wird. Das preussische
Kabinett, das sich mit den Vorlagen getreu eingehend
beschäftigt hat, wird im Reichsrat einen anderen Weg
zur Deckung des Etatsdefizits für 1930 vorschlagen:
nämlich das weitestgehende Notopfer eines 2 1/2-Proz.
Beitrag aller Festbesoldeten zur Arbeitslosenver-
sicherung. Auch andere Einnahmen Veränderungen
anträge vorbereiten, weil sie das Notopfer ablehnen.

Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien würden bei
Reuewille mit einer berat. schlußmäßigen Wahlparole auf-
treten müssen, daß das Kabinett Berlin von neuer Reichstag
noch weniger zu erwarten hätte als vom gegenwärtigen. Da
jeweil in der Regierung vertretene Parteien, die Deutsche Volks-
partei und die Demokraten, das Notopfer sehr entgegen ab-

Der preussische Antrag hat große Aussicht auf Annahme im
Reichsrat, weil er die Sonderbesteuerung der Beamten und Fest-
besoldeten vermeidet, auf der anderen Seite aber erhöhte Ein-
nahmen dadurch bringt, daß er die nichtversicherungspflichtigen
Beamten und Festbesoldeten mit Beiträgen in derselben Höhe
belegt, wie sie von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur
Arbeitslosenversicherung gezahlt werden.

Wahrscheinlich soll auf Vorschlag der Regierung der Beitrag auf
4 1/2 v. H. festgesetzt werden, von dem die Hälfte die Unternehmer,
die andere Hälfte die Arbeitnehmer zu tragen haben. Die gleichen
2 1/2 v. H., die der versicherungspflichtige Arbeiter bezahlt, sollen
die wirtschaftlich gefährdeten Beamten und Festbesoldeten ent-
lasten, bis die Arbeitslosenlast soweit zurückgegangen ist, daß
die Verpflichtungen der Arbeitslosen für Arbeitslosenversicherung
mit einem dreizehnteligen Beitrag gedeckt werden können. Damit
ist auch die zeitliche Verzögerung gegeben, die nach der Vor-
lage der Regierung („bis auf weiteres“) recht unklar ist.
Die preussische Regierung ist der Auffassung, daß dieser Vor-
schlag eines Versicherungsbeitrages für die Festbesoldeten auch
dem sozialen Gedanken mehr entspricht. Preußen wird auch einen
Wandlungsantrag zur Reduzierung stellen, der einen höheren
Beitrag fordert, so daß die Spannung in dem finanziellen Vertrag
der zwischen der Vorlage der Reichsregierung und dem Antrag
Preußens liegt, wieder verringert wird. Es wird sich dann nur
noch um 100 Millionen handeln, die auf andere Weise zu decken
müssen.

Die Reichsregierung ist zu dem preussischen Antrag neu-
gierig, ist noch ungewiß. Vorläufig läßt die Reichsregie-
rung sich immer verhalten, daß sie den auf Vorschlag Witten-
bergs beschlossenen Vorlagen festhält und selbst vor einer
Reichstagsaufhebung nicht zurückweichen würde. Die Drohung
mit der Auflösung macht im Parlament geringen Eindruck.

Kardorff gegen Fricke-Regiment

Der Reichstag setzte heute die Beratung des Etats
des Reichsinnenministeriums fort. Der zweite Tag
war in der Hauptsache dem Konflikt zwischen Reich
und Thüringen gewidmet. Mit besonderer Schärfe
wandelte sich der völkerverfeindliche Abgeordnete Dr. von
Kardorff gegen die Nationalsozialisten, die dafür
mit lächerlichen, beleidigenden Zwischenreden quälerten.
Der nationalsozialistische Abgeordnete Ehrlich, der
sich darin besonders hervorhat, wurde nach mehrfachen
Ordnungsrufen aus dem Saal gewiesen. Die anderen
Nationalsozialisten entzürnten sich allmählich freiwillig,
bis auf den thüringischen Innenminister Fricke, der auf
seinem Pulte anstarrte, weil er als Sprecher seiner
Genossen aufzutreten soll.

Die Rede Kardorffs handelte zunächst eine Auseinandersetzung
mit der Frage der Überlieferung der Universitäten, die es nötig
mache, eine Besichtigung der Abgabensprüfung oder die Einführung
einer Aufnahmeprüfung zu erwägen.
Noch Konflikt mit Thüringen billigen wir, so führte der Redner
der Deutschen Volkspartei weiter aus, daß Vorgehen der Reichs-
regierung. Das hätte mit nicht mit dem Einwand zu kommen, daß
mehrere Partei ja in der thüringischen Regierung sitzt. Unter
Umständen ist man geneigt, in den Fällen von ganz oben
einzuweichen, die man am liebsten nicht fördern will.
Da behauptet, der frühere Reichsinnenminister Genzinger
nicht sofort eine klare Auseinandersetzung mit der thüringischen
Regierung herbeiführt hat, als der Herr Innenminister in
Thüringen geworden war. Nach der so tollwütigen Rede des
Ministers Fricke hätte Genzinger sofort Fühlung mit der
thüringischen Staatsregierung nehmen und sie für die Ausweirung
ihres Wohlwollens Fricke insoweit hatbar machen müssen.

Nach Sachsen lehnt ab

Von der sächsischen Staatskanzlei wird mitgeteilt: „Das
Gesamministerium hat in seiner gestrigen Sitzung beschlos-
sen, im Reichsrat dem Entwurf eines Gesetzes über die Befreiung
der Festbesoldeten nicht zuzustimmen. Außer verfassungsrecht-
lichen Bedenken vor hierbei bestimmten, daß die Befreiung der
Festbesoldeten ein Teil eines auf Entlastung der Preise, der Pro-
duktionskosten und der Höhe gerichteten Programms sein soll,
daß aber, bevor dessen Durchführung nicht technisch gesichert
ist, eine so einseitige und schmerzhafte Belastung eines Volksteils
nicht am Platze erscheint.“

Nationalsozialisten gehören ihrer ganzen politischen Einstellung
nach nicht in führende Reihenfronten. (Großer Lärm b. d.
Nationalsozialisten. Abg. Ehrlich: Das ist eine Unvergleichlichkeit!
Wie find ich wohlgeit! Dr. Fricke: Das werden wir ihnen
beibringen in Sachsen!) Sie sind nicht wohlgeit. Ihre Schöp-
ferkraft lassen wir nicht mit uns teilen! Wir betonen uns
unbedingt zum Vorteil des Reiches und wünschen, daß er wahr-
genommen wird ohne jede Skizze.
Die Gehobenscheidung ist eine innerliche Handlung. Das Be-
schreiben solcher Schulgebiete mit politischen Inhalt ist eine
Proklamierung. Wir verstehen daher die Haltung des Abg.
Dr. Spahn nicht recht. (Abg. Ehrlich: wird wegen des Zwischen-
schritts: „Das ist zum Abgeben“) vom Präsidenten über zur Ordnung
gerufen und gleichzeitig vom Verlassen des Saales aufgefordert.
Wir er den Ausdruck wiederholt, wird er zum zweiten Male zur
Ordnung gerufen und nachmalig vom Verlassen des Saales auf-
gefordert: er verläßt den Saal.)

Die Nationalsozialisten sollten die Gebote beherzigen: „Du
sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten!“ „Du
sollst den Freitrag heilig!“ Dieses Gebot wird verletzt, wenn
Freitag Sonntag zu Heilensfeier-Demonstrationen mißbraucht wird.
Der Redner wendet sich dann gegen die Berufung Günthers
als Professor der Rechtskunde an der Universität Jena. Die
deutschen Universitäten sollten eine Stätte der reinen Wissen-
schaft, nicht der Endenwissenschaftlichkeit bleiben. (Abg. Ehrlich: Sie
find wohl Jander!)

Wegen einer Verfassungsreform, so erklärt der Redner weiter,
im Sinne der Vereinfachung des Reiches sind Hindernisse vor-
handen, und zwar in dem Eingangsfragen. Das Problem der
Reichsreform kommt schließlich auf zwei Punkte an: Preußen
und das Reich. Preußen hat nicht gegen das Reich, das Reich
nicht gegen Preußen regieren. Preußen muß im Reich aufgehen.
Das ist natürlich der Bruch mit dem Bismarckischen Reichsaufbau.
Feste wird das Gegeneinander und das Durcheinander immer
größer. Die Reichsreform ist die Vorbereitung für eine ge-
meinsame Reichsfinanzreform. An sich wird die Reichsreform einen be-
trächtigen finanziellen Effekt zunächst nicht haben; auf die Dauer
wird und muß sie aber führen zu einer Vereinfachung des Be-
hördensapparates und zu einer Besserung der Einn. Deutsch-
land ist heute nicht in der Lage, einen solchen Behördensapparat
-überhaupt zu tragen.
Die Reichsreform muß kommen, damit mit wieder ein blühendes,
glückliches Deutschland habe. Die deutsche Jugend will von all
dem Partikularismus nichts wissen, sie will für Deutschland leben,
nicht für die einzelnen Staaten.

Abg. Spahn hat ausgedrückt, der Reichspräsident sei zu sehr in
den Vordergrund getreten worden. Der Reichspräsident ist von
niemandem mehr in den Vordergrund getreten worden, als gerade
von den Rechts. Angenommen, daß Reichspräsident hatte die
Initiative unter die Fingerringe nicht gelassen: Welche Vor-
behalten würden ihm dann von Ihnen (nach Ertrag) überreicht wer-
den! Ich habe dabei an das Wort gedacht: „Und der König ab-
steht!“, wenn er unsterblich Willen hat! Der Reichspräsident hat
überparteilich gehandelt. Der General Reumann hat in einer
Rede gesagt: „Reiter setzen uns die Gemeindefürer, um diese Inter-
schreiber unfähig zu machen!“ Das ist eine ungeheuerliche, poli-
tische und moralische Verharmlosung. (Der Redner: „Ich ver-
stehe nicht.“)

„Große einheitliche nationale Front“, von der der Abgeord-
nete Spahn gesprochen hat, ist doch nicht über einmütig. Die
Deutschlandslinien werden die besten sein, die von der national-
sozialistischen Idee verflucht werden. Das Hindernis, das Sie
(zu den Deutschnationalen) mit ihnen eingeben, wird eine

Franzreichs Protest gegen Hoover-Zölle

Europäische Wirtschaftsunion als einzige Abwehr

Paris, 17. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Die französischen Deputierten protestieren in langen Artikeln
einmal gegen die neuen amerikanischen Zollgesetze, deren Oberhaupt
Präsident Hoover gelten angehängt hat. Sie führen aus,
daß es für das von den amerikanischen Wirtschaftsexperten
bedrohte Europa höchste Zeit sei, an die gemeinsame Abwehr zu
denken. Nur eine europäische Wirtschaftsunion sei imstande,
die Amerikaner zur Umkehr und zum Einlenken zu zwingen.

Der Direktor des französischen Bankwesens hat im Augen-
blick erklärt in einem Interview im „Ceuvre“, daß die
amerikanischen Zollgesetze für den französischen Export nach
Amerika katastrophale Folgen haben müßten, denn gerade die
waren wichtigsten Exportinteressen seien am schwersten von den
neuen Tarifbestimmungen betroffen. Es sei nicht ausgeschlossen,
daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung die französische
Regierung sich, wenn nicht gerade zu Verzweifeln, so doch zu
Wundermaßnahmen zwingen müßten.
Die wirtschaftliche Festigung Europas erfordere den
Austausch der Waren und die europäischen Absatzmärkte.
Auch in wirtschaftlichen der Welt, nicht nur im politischen,
gehe die Regel, daß Reid und Geschäft Angriff und Abwehr aus-
löse. Wer für das Prinzip eintritt, daß die militärische Auf-
rüstung in ihrer Beschaffenheit auf andere Staaten zu immer

weiteren Rüstungen und zu immer größeren finanziellen Be-
lastungen führe, der müsse auch begreifen, daß die Zollunion
ähnliche Wechselwirkungen hervorruft. Man müßte sich in Amerika
klar darüber sein, daß die dort begonnene Zollunionspolitik zur
Zollunionführung in allen anderen Ländern, besonders auch in
Frankreich, führen müßte.

Banken stützen die Börse

Unter dem Eindruck des gestrigen „schwarzen Wontags“
in New York, der sowohl die dortige Wertpapier-
börse als die Warenbörsen schwer erschüttert hat, setzte
die heutige Berliner Börse zunächst in ausgesprochen
mutter Haltung ein. Zu der Desoptimierung trug nicht
zuletzt auch die insoportulische Finanzkrise bei. Arab-
verluste bis zu 8 Punkten waren zu verzeichnen. Erst
als die Banken zu einer Stützungsaktion durch erheb-
liche Interventionskräfte schritten, besserte sich die Stim-
mung. Immerhin blieb während des ganzen Börsen-
verlaufs eine große Unsicherheit bestehen.